



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/005/2010)

am Donnerstag, 25.03.2010,

18:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Lars Röher
Patrick Schreiber
Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

anwesend ab 21 Uhr

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Ines Vogel

FDP-Fraktion

André Schindler

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel
Dr. Dirk Jordan
Thomas Pallutt
Christoph Stolte
Melanie Hörenz

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Sabine Bibas
Christina Koch
Claus Lippmann
Valentina Marcenaro
Martin Seidel
Thomas Wünsche
Georg Zimmermann
Kristin Hornschild

Stellvertretende Mitglieder

Sarah Buddeberg

Vertretung für Herrn Tilo Kießling
anwesend bis 21 Uhr

Dorothee Hinze

Vertretung für Herrn Markus Degenkolb

Claudia Joseit

Vertretung für Frau Kristina Winkler

Birke Tröger

Vertretung für Frau Anett Dahl

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

beratende Mitglieder

Dirk Bachmann
Markus Degenkolb
Jens Raubach
Kristina Winkler
Roland Wirlitsch

Verwaltung:

Frau Jagdschian
Frau Hipke
Frau Zimmermann
Herr Schöne
Frau Geif
Frau Haase

Abteilungsleiterin Stadtratsangelegenheiten
Jugendamt
Jugendamt
Jugendamt – Jugendinfoservice
Jugendamt
Geschäftsbereich Soziales

Gäste:

Melanie Müller
Jane Scheibner
Daniela Müller
Murkun Meyer
Daniel Page
Maria Lindner

MOB Süd e. V.
MOB Süd e. V.
MOB Süd e. V.
VSP e. V.
VSP e. V.
VSP e. V.

Frank Preißer	VSP e. V.
Claudia Döring	VSP e. V.
Hanna Wendlauer	VSP e. V.
Robert Krügel	Jugendhaus „alte Feuerwehr“ gGmbH
Annett Kobisch	IN VIA Dresden – Meißen e. V.
Katrin Hentschel	Mobile Arbeit Friedrichstadt Outlaw gGmbH
Thorsten Deigweiher	Treberhilfe Dresden e. V.
Kathrin Oslob	Treberhilfe Dresden e. V.
Claudia Elle	Treberhilfe Dresden e. V.
Sören Bär	Omse e. V.,
Andreas Mende	Omse e. V.
Sabine Wesener	Unternehmen Kultur gGmbH
Tobias Heinemann	Projektschmiede
Martin Krappmann	Jugendverein „Roter Baum“ e. V.
Anja Stephan	Jugendverein „Roter Baum“ e. V.
Karl Bedrich	Jugendverein „Roter Baum“ e. V.
Sven Gärtner	OBR Blasewitz
Heiko Weckbrodt	DNN
Franziska Günzel	INT GmbH
Silke Schlimpert	INT GmbH
Catrin Delor	KJFH Plauener Bahnhof
Cynthia Bury	eks Dresden
Anne Jackobasch	FMGZ Medea e. V.
Clarissa Bachmann	FMGZ Medea e. V.
Sabine Urban	Outlaw gGmbH
Reinhard Glatzel	Outlaw gGmbH
Susann Birnbaum	Outlaw gGmbH
Gloria Schönidz	Jugendamt
Heiko Pfeifer	Mobile Jugendarbeit Dresden-Süd e. V.
Antje Skupin	Mobile Jugendarbeit Dresden-Süd e. V.
Elke Israel	Kindervereinigung Dresden e. V.
Luisa Matine	KJH-Gorbitz „Juchten“
Kay Mirschinka	KJH-Gorbitz „Juchten“
Pauline Scholz	KJH-Gorbitz „Juchten“
Sophia Schneider	KJH-Gorbitz „Juchten“
Marc Leuteritz	KJH-Gorbitz „Juchten“
Louis Bruhne	KJH-Gorbitz „Juchten“
Marco Pietsch	KJH-Gorbitz „Juchten“
Chand Hassan	KJH-Gorbitz „Juchten“
Marie-Luise Kühnel	KJH-Gorbitz
Tom Tibutius	KJH-Gorbitz
Anton Hoang Viet Duc	KJH-Gorbitz
Maik Bergmann	KJH-Gorbitz
Philipp Scholz	Sportjugend Dresden
Mirko Luckan	CVJM Dresden e. V.
Franziska Skupch	CVJM Dresden e. V. (Praktikantin)
Maria Lau	CVJM Dresden e. V.
Lukas Roth	CVJM Dresden e. V.
Markus Steindecker	DRK Dresden e. V.
Annett Bothe	Club Müllerbrunnen e. V.
Kay Mlasowsky	Club Müllerbrunnen e. V.
Annemarie Galk	Club Müllerbrunnen e. V.
Stefan Stevens	Stadtjugendring Dresden

Schriftführerin

Sindy Gebhardt

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|-----|---|-------------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschriften vom 04.02.2010 und 04.03.2010 | |
| 2 | Familienzentrum "Pauline" erhalten | A0070-01/09
beschließend |
| 3 | Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe 2010 | V0181/09
beschließend |
| 4 | Musterverträge nach § 77 SGB VIII
(Umsetzung des Beschlusses Nr. V1804-JH47-07) | V0219/09
beschließend |
| 5 | Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen | A0097/09
beratend |
| 6 | Regelmäßige Anpassung des jugendhilflichen Förderetats an un-
abweisbare Kostensteigerungen | A0083/09
beratend |
| 7 | Beendigung des Verfahrens zur Übergabe von Kindertageseinrich-
tungen an Träger der freien Jugendhilfe für die Kindertageseinrich-
tung des Eigenbetriebes Struppener Straße 10 | A0112/10
beschließend |
| 8 | Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung für die Jahre
2010 bis 2013 | V0480/10
beratend |
| 9 | Umbesetzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung | A0155/10
beschließend |
| 9.1 | Neuwahl Unterausschuss "Jugendhilfeplanung" | |
| 9.2 | Neuwahl Vorsitz und stellvertretender Vorsitz des
Unterausschusses | |
| 10 | Berichte aus den Unterausschüssen | |
| 11 | Informationen | |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----|---------------|--|
| 12 | Informationen | |
|----|---------------|--|

öffentlich

Herr **Stadtrat Hoffsommer** eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste.

Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Zur Sitzung wurde frist- und formgemäß eingeladen.

Herr Stadtrat Hoffsommer wird die Sitzung vorübergehend leiten, bis Frau Oberbürgermeisterin Orosz anwesend ist.

Zur Tagesordnung teilt er mit, dass die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6 heute vertagt werden, da in den jeweiligen Unterausschüssen noch nicht abschließend beraten wurde.

Weiterhin macht Herr Stadtrat Hoffsommer darauf aufmerksam, dass Tagesordnungspunkt 8 „Maßnahmen zur Haushaltsstabilisierung für die Jahre 2010 bis 2013“ neuer Tagesordnungspunkt 2 werde.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt (13/0/1) und Herr Stadtrat Hoffsommer fährt mit Tagesordnungspunkt 1 fort.

1 Kontrolle der Niederschriften vom 04.02.2010 und 04.03.2010

Herr **Stadtrat Schreiber** bittet darum, dass er in Zukunft die Niederschrift in Papierform erhalte.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** macht deutlich, dass die Schriftführerin per Mail informiert werden solle, welche Mitglieder die Niederschrift noch in Papierform zugesandt haben möchten.

Die Niederschriften vom 04.02.2010 und 04.03.2010 werden von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bestätigt.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen

2 Familienzentrum "Pauline" erhalten

**A0070-01/09
beschließend**

Herr **Stadtrat Hoffsommer** begrüßt die Vertreterinnen des Rechtsamtes, Frau Berner, sowie des Liegenschaftsamtes, Frau Seemer, für die Berichterstattung zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Ziffer 2 des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 04.03.2010 in Sachen „Familienzentrum Pauline erhalten“.

Frau **Berner** berichtet, dass derzeit ein Klageverfahren vor dem Landgericht Dresden anhängig sei, in dem es sich um die Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung handle. Die Klage sei vom Familienzentrum „Pauline“ im August 2008 eingereicht worden. Eine Rücknahme der Kündigung durch die Landeshauptstadt Dresden zum jetzigen Zeitpunkt habe zur Folge, dass die Landeshauptstadt Dresden das Verfahren kostenpflichtig (ca. 7.000 EUR) verlieren würde, da mit der Umsetzung des Beschlusses in das Verfahren eingegriffen werden würde. Des Weiteren würden die Parteien den Rechtsstreit übereinstimmend für erledigt erklären und der Landeshauptstadt Dresden die Kosten des Rechtsstreites auferlegt werden. Eine Kündigungsrücknahme könne aus Kostensicht nur als rechtlich nachteilig beurteilt werden.

Am 30.03.2010 findet eine Inaugenscheinnahme mit einer Gutachterin im Familienzentrum „Pauline“ statt, teilt Frau Berner mit.

Ergänzend zur rechtlichen Stellungnahme von Frau Berner ergänzt Frau **Seemer**, dass auch der Punkt der Sanierungskosten der Immobilie rechtlich nachteilig sei. Wird die Kündigung nicht aufrechterhalten und verbleibt die „Pauline“ im Gebäude, entstehe ein Gesamtsanierungsaufwand von ca. 1,5 Mio. EUR, zusätzlich der Außenanlagen von 150.000 EUR.

Hinzu komme, dass die Immobilie seit Beginn des Mietverhältnisses mit einem Restitutionsanspruch behaftet sei, konstatiert Frau Seemer. Dem Antrag auf Rückübertragung des hälftigen Miteigentumsanteils wurde dieses Jahr stattgegeben, sodass die Stadt Dresden in Zukunft nicht mehr alleiniger Eigentümer der Immobilie sein wird und somit auch nicht allein über den Verbleib des Familienzentrums im Objekt entscheiden könnte. Daher könne die Landeshauptstadt Dresden den Beschlusspunkt derzeit nicht umsetzen, denn durch die sich daraus ergebene Sanierungspflicht mache sich die Stadtverwaltung gegenüber dem Restituanten schadenersatzpflichtig.

Abschließend stellt Frau Seemer heraus, dass die Mietzeit so oder so nur bis August 2014 befristet sei und eine Verlängerung des Mietverhältnisses nie zur Debatte stand.

Frau **Vogel** bedankt sich für die klaren Erläuterungen zum Widerspruch, der ein Zeichen der Hoffnung darstelle. Mit dem Teil des Widerspruchs sei auch schon ein Teil des am 04.03.2010 beschlossenen Variantenvergleiches angesprochen worden. Außerdem führt Frau Vogel aus, dass dem Familienzentrum „Pauline“ das nicht dauerhafte Verbleiben in dem Gebäude klar sei, aber für weitere Perspektiven benötige es die Begleitung durch die Landeshauptstadt Dresden. Daher bitte sie um erneuten Beschluss des 2. Punktes.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz übernimmt nun den Vorsitz.

Auf die Ausführungen von Frau Vogel eingehend stellt Frau **Berner** nochmals klar, dass es sich nicht um eine Räumungsklage, sondern um eine Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung handele. Daher bedeute es nicht, dass das Familienzentrum „Pauline“ nach Abschluss des Klageverfahrens das Gebäude räumen muss, es sei nur keine dauerhafte Lösung. Weitere Alternativen sind nach wie vor im Gespräch, bemerkt Frau Berner.

Frau **Seemer** weist noch mal darauf hin, dass der Variantenvergleich bis 30.04.2010, wie im ersten Beschlusspunkt vom 04.03.2010 festgelegt, vorliegen werde.

Für Herrn **Stadtrat Hoffsommer** stellt sich die Frage, was Ziel einer Kündigung sei, wenn nicht Räumung des Objektes.

Es gibt verschiedene Gründe, warum die „Pauline“ nicht dauerhaft im Gebäude verbleiben könne, erläutert Frau **Oberbürgermeisterin Orosz**, wie z. B. unterschiedliche Anspruchsverhältnisse sowie in Größenordnung notwendiger Investitionsbedarf auf einem Objekt, das in Kürze nicht mehr allein der Landeshauptstadt Dresden gehören werde.

Frau **Vogel** macht nochmals deutlich, dass die „Pauline“ bereits nach Alternativen suche, aber dafür müsse auch seitens des Liegenschaftsamtes Interesse für einen Kompromiss bestehen. Sie fordert einen anderen Umgang mit den städtisch geförderten Einrichtungen des Liegenschaftsamtes.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** zeigt erneut auf, dass ein weiterer Verbleib der „Pauline“ einen enormen Kostenaufwand für die Stadt Dresden zur Folge habe.

Auf Antrag von Frau **Vogel** wird der Beschlusspunkt 2 erneut zur Abstimmung gestellt.

Weitere Diskussionsbeiträge/Anfragen werden nicht eingebracht. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** bringt den Beschlusspunkt 2 des Antrages zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach abgegebenem Votum geschlossen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Angebot des Familienzentrums "Pauline" im Rahmen der Jugendhilfeplanung zu erhalten. Dazu wird die Oberbürgermeisterin beauftragt,

2. die Kündigung des Mietvertrages für das Objekt in der Liebstädter Straße 35 zurückzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 3

Nein 7

Enthaltung 5

Dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 11. März 2010 zum Beschluss A0070/09, Punkt. 2, wird gefolgt. Damit ist der Punkt 2 des Beschlusses A0070/09 aufgehoben.

**3 Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe V0181/09
2010 beschließend**

Herr **Bürgermeister Seidel** bringt die Vorlage zur „Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe 2010“ ein und begründet diese. Die Höhe der voraussichtlichen Haushaltsmittel im Jahr 2010 betragen knapp 11,6 Mio. EUR, davon 9,5 Mio. EUR kommunale Mittel. Auf Grund der Kürzung der Jugendpauschale (von 14,30 EUR auf 10,30 EUR pro Jugendlicher) mussten die dadurch weniger zur Verfügung stehenden Landesmittel in Höhe von ca. 560.000 EUR mit in der Fördervorlage berücksichtigt werden, verdeutlicht Herr Bürgermeister Seidel. Weiterhin bringt er zum Ausdruck, dass zusätzlich ca. 117.000 EUR für die Übertragung derzeit nicht besetzter kommunaler Streetworkerstellen an die freien Träger bereitgestellt werden, d. h. 3 zusätzliche Stellen für die freien Träger im Bereich des kommunalen Streetworks. Eine weitere Besonderheit ergebe sich in der Bereitstellung von ca. 200.000 EUR für die Auswirkung des Tarifsabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst vom Juli 2009 (gültig seit 01.11.2009), stellt Herr Bürgermeister Seidel heraus. Außerdem laufe die 3-jährige Übertragungsfrist von Einrichtungen aus kommunaler Trägerschaft in freie Trägerschaft aus.

Herr Bürgermeister Seidel erläutert nun das Verfahren zur Umsetzung der Kürzung der Jugendpauschale (560.000 EUR) innerhalb der Fördervorlage, welches am 11.03.2010 im Unterausschuss Jugendhilfeplanung seitens Verwaltung vorgestellt wurde.

Zur besseren Verständigung ist die Präsentation der Niederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister Seidel zeigt das Modell der „statistischen Ermittlung sozialräumlicher Belastungsindizes“ auf und erklärt die reziproke Förderung höher belasteter Stadtteile. Wo der Bedarf an der jeweiligen jugendhilferischen Leistungsart am höchsten ist, solle am wenigsten gekürzt werden, führt Herr Bürgermeister Seidel aus. Von den Betroffenen wurde dieses im Konzept beschriebene Verfahren grundsätzlich als positiv erachtet.

Herr **Stolte** zeigt die nach intensiver Diskussion im Unterausschuss Jugendhilfeplanung im Punkt 5 beginnenden Änderungen/Ergänzungen im Beschlussvorschlag der Fördervorlage auf und konkretisiert diese.

Die Situation im Haushalt 2010 sei nicht vorhersehbar gewesen, macht Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** deutlich. Sie konstatiert, dass resultierend aus den ersten Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung ein Teil der fehlenden ca. 560.000 EUR eventuell auch durch die freien Träger aufgebracht werden sollte. Dies halte Frau Oberbürgermeisterin Orosz weiterhin für gerechtfertigt, trotz dass die Ergebnisse aus der heutigen Unterausschusssitzung völlig anders seien. Die zusätzliche Finanzierung aus dem Haushalt stelle sich als sehr schwierig dar. Bei einigen Haushaltspositionen des Landes könne eine Verschiebung der Haushaltsstellen erfolgen, dennoch bleiben am Ende ca. 367.000 EUR, welche die Stadt Dresden eruieren und an anderer Stelle kürzen müsse.

Das von Herrn Bürgermeister Seidel vorgestellte Konzept befürwortet Frau Oberbürgermeisterin Orosz.

Abschließend teilt sie mit, dass in den Jahren 2011 bis 2013 Einnahmenverluste in Höhe von ca. 100 Mio. EUR pro Jahr zu verzeichnen seien.

Herr **Engel** stimmt gegen den Punkt 7 der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und schildert seine Beweggründe. Das vorgestellte Verfahren von Herrn Bürgermeister Seidel stelle keine planerische Überlegung dar.

Es sei ein tragfähiger Kompromiss entstanden, meint Herr **Stadtrat Röher**, aber das heute entstandene Ergebnis mache den vorgesehenen Konsens unmöglich. Er bringt zum Ausdruck, dass die Kinder- und Jugendhilfe vor einem strukturellen Problem stehe und wenn der Jugendhilfeausschuss jetzt nicht handle, werde die Situation im kommenden Jahr noch schwieriger. Die ca. 367.000 EUR seien nicht zu kompensieren, glaubt Herr Stadtrat Röher.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** bringt seine Meinung zum Ausdruck und sei der Ansicht, dass ein kompromissfähiger Weg gefunden werden könne, auch mit dem sicheren Wissen, dass der Stadtrat abschließend berate.

Im Angesicht der momentan geführten Debatte stellt Herr **Stadtrat Schreiber** die Förderung von Einrichtungen und Diensten im Jahr 2009 (8.154.260,04 EUR) und im Jahr 2010 (8.252.319,95 EUR – nach Kürzung) gegenüber. Die Jugendpauschale vom Land betrage 14,30 EUR, die Kommune sei verpflichtet, mindestens genau so viel dazuzugeben. Die Landeshauptstadt Dresden habe im letzten Jahr 37,37 EUR kommunale Eigenmittel beigesteuert, legt Herr Stadtrat Schreiber dar. Er betont, dass die Jugendpauschale nach wie vor eine freiwillige Leistung des Landes sei.

Herr Stadtrat Schreiber zeigt nochmals die Zeitschiene der Fördervorlage auf und unter der Maßgabe der nicht ausreichenden Beratungen/Diskussionen zur Fördervorlage könne keiner diese heute mit ruhigem Gewissen beschließen. Weiterhin vertrete er den Standpunkt, dass keine Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der finanzpolitischen schwierigen Lage im nächsten Jahr bestehe. Auch ziele die Fördervorlage in keiner Weise auf eine Strukturdiskussion für dieses Jahr hin. Die Debatten zur Fördervorlage 2011 werden sich so wie zur Fördervorlage 2010 gestalten, konstatiert Herr Stadtrat Schreiber.

Wer in der heutigen Sitzung zusätzliche Angebote/Leistungen in die Liste aufnimmt und beschließt, schüre den Anspruch darauf, dieses Geld auch im kommenden Jahr erhalten zu wollen, äußert Herr Stadtrat Schreiber zum Abschluss seiner Ausführungen.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** stellt klar, dass es Aufgabe war, einen Beschlussvorschlag zu formulieren und nicht einen Kompromiss zu vereinbaren.

Das Führen einer Strukturdiskussion im laufenden Haushaltsjahr für das laufende Haushaltsjahr sei unmöglich, teilt Herr Stadtrat Hoffsommer mit. Eine Vorbereitung auf eine Strukturdiskussion halte er für schwierig, denn es müsste sich im planerischen Kontext beweisen, ob der Ansatz sich bestätige.

Die Träger seien ein Mittler, was wegfällt, seien Leistungen für Kinder und Jugendliche und die, die den Beitrag bringen müssten, seien nicht Träger, sondern Kinder und Jugendliche, veranschaulicht Herr Stadtrat Hoffsommer.

Im Mittelpunkt dieser Debatte stehe das Problem der Kompensierung einer kurzfristig bekannt gewordenen Kürzung im laufenden Haushalt, legt Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** dar. Sie schließt sich der Meinung von Herrn Stadtrat Schreiber, eine Strukturdiskussion zu führen, an. Da die Stadträte die Diskussionen um die Haushalte 2011 bis 2013 bereits kennen, sei es auch deren Verantwortung, wohlweislich darauf zu achten, mit der Strukturdebatte nicht bis Ende des Jahres zu warten.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz bittet nochmals um Kompensationsmöglichkeiten, denn die Verwaltung allein könne die ca. 367.000 EUR nicht ausgleichen.

Frau **Vogel** bemerkt, dass die Kürzungsliste eine Menge von Schwachstellen aufweise. Letztendlich liege die Entscheidung über die Prioritäten in der Fördervorlage beim Stadtrat, der Jugendhilfeausschuss hingegen vertrete die Ansicht, dass Kinder und Jugendliche in Dresden Priorität haben. Aus diesem Grunde werde dem Stadtrat vorgeschlagen, die gesamten ca. 367.000 EUR zu kompensieren.

Auch Herr **Pallutt** kritisiert den schnellen Terminablauf der Vorlage. Er sei der Meinung, dass die Kürzungen Einrichtungen in ihrer Existenz in erheblichem Maße gefährden. Daher solle der Jugendhilfeausschuss dem Unterausschussbericht folgen und den Stadtrat zur Bereitstellung der Gelder beauftragen.

Zum Einstieg in die Strukturdiskussion für 2011/2012 regt Frau **Hörenz** an, in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses einen Überblick über die derzeitige Jugendhilfeplanung zu erhalten.

In den letzten Jahren habe die Strukturdiskussion keine große Bereitschaft gefunden, lediglich Ansätze zum Führen einer solchen Debatte waren vorhanden, stellt Herr **Stadtrat Schreiber** fest. In Zeiten wie diese sei es aber erforderlich, eine Strukturdebatte zu führen.

Herr Stadtrat Schreiber stellt den Antrag, die Positionen der laufenden Nummern 113 und 117 in die laufende Nummer 120 der Anlage 2, Liste 1 der Vorlage V0181/09 einzufügen.

Grundsätzlich befürwortet Herr **Stadtrat Hoffsommer** den Antrag von Herrn Stadtrat Schreiber, aber heute die Vorschläge der Verwaltung in der Liste zu ändern, nehme zu viel Zeit in Anspruch.

Herr **Bürgermeister Seidel** äußert sich zustimmend zu den Ausführungen von Herrn Stadtrat Hoffsommer. Wenn, dann müsse konsequent über alle 120 Angebote in der Liste debattiert werden. Eine Entscheidung zur Vorlage wäre dann frühestens im Sommer 2010 zu erwarten und dies sei sehr problematisch im Hinblick auf die Sicherheit der Träger.

In der gestrigen Beratung stand eine Summe von 260.000 EUR zur Debatte, die die freien Träger gegebenenfalls übernehmen könnten. Bei einem Fördervolumen von 11,5 Mio. EUR seien 260.000 EUR weniger als 2,5 %. Gleichzeitig werden innerhalb der Fördervorlage über 300.000 EUR (Personalsachen im Bereich der Tariferhöhungen und Streetwork) zusätzlich zum Haushalt bereitgestellt, betont Herr Bürgermeister Seidel.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** bittet zur Lösungsfindung um 5 Minuten Pause.

Nach der Pause teilt Herr **Stadtrat Schreiber** den Rückzug seines Antrags mit.

Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** stellt die Vorlage auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur punktweisen Abstimmung.

Nach abgegebenem Votum wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Beschluss:

1. Für die Förderung 2010 wird das in Anlage 1 festgelegte Verfahren angewandt.

2. Für die Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe stehen im Jahr 2010 voraussichtlich Haushaltsmittel in Höhe von 11.567.486 EUR (darunter 9.514.950 EUR kommunale Mittel – Unterabschnitt 4780, 2.052.536 EUR Landesmittel gemäß Richtlinie Jugendpauschale – Unterabschnitt 4790) zur Verfügung. Zusätzlich werden - befristet für das Jahr 2010 - zur Kompensation unbesetzter Personalstellen im Bereich der kommunalen Straßensozialarbeit für den Bereich der aufsuchenden sozialen Arbeit in freier Trägerschaft 117.590 EUR aus dem Unterabschnitt 4521 - Jugendsozialarbeit - zur Verfügung gestellt. Die Bewilligung erfolgt gemäß Anlage 2, Liste 1 bis 4 vorbehaltlich der Bewilligung von Landesmitteln in oben genannter Höhe.

3. Der aufgrund des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst (speziell Sozial- und Erziehungsdienst) vom 27. Juli 2009 erwartete Mehrbedarf für Personalausgaben wird zur Zeit in Höhe von 200 TEUR prognostiziert. Die Deckung erfolgt aus Haushaltsausgaberesten, welche im Rahmen des Jahresabschlusses 2009 zur Übertragung nach 2010 beantragt werden (siehe Anlage 3, Seite 3).

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Inanspruchnahme der Landesfördermittel gemäß Richtlinie Jugendpauschale Sachsen einzuleiten. (siehe Anlage 4)

5. Neben der Projektförderung gemäß Anlage 2 werden für folgende Leistungen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt:

- 90.000 EUR für personenbezogene Förderung bei Bedürftigkeit des Einzelnen im Rahmen von Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe, erlebnispädagogischen Maßnahmen und außerschulischen Bildungsmaßnahmen

- 430.000 EUR für personenbezogene Maßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit

- 290.000 EUR für ambulante einzelfallbezogene und präventive Maßnahmen der Jugendhilfe im Strafverfahren

- 10.000 EUR für Qualitätsentwicklung und -sicherung

- 37.546 EUR für Mittel zum Ausgleich von Fehlbedarfen

Fonds Qualitätsentwicklung wird von Kürzungen ausgeschlossen.

(Abstimmung: 13/0/1 -> Zustimmung)

Abstimmung der Punkte 1 bis 5:

15 / 0 / 0

Zustimmung

6. Für das Jahr 2010 fehlen aufgrund nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehenden Landesmitteln (Jugendpauschale) in der Gesamtfinanzierung der Leistungen der Jugendhilfe 559.783 Euro.

Die Mittel zum Ausgleich von Fehlbedarfen in Höhe von 37.546 Euro werden zur anteiligen Deckung der ausfallenden Landesmittel verwendet. Hieraus ergibt sich ein derzeitiges Defizit für die Gesamtsumme in der Förderung der Freien Träger der Jugendhilfe in Höhe von 522.237 Euro. Vorbehaltlich des Ausgangs des laufenden Widerspruchsverfahrens der Landeshauptstadt Dresden gegen den Bescheid des KSV vom 15.02.2010 beschließt der Jugendhilfeausschuss folgende Kürzungsmaßnahmen für das laufende Haushaltsjahr 2010:

Abstimmung: **15 / 0 / 0** **Zustimmung**

- Start der Übertragung der Streetwork-Stellen zum 1.7.2010 und damit eine Kompensation der Gesamtkürzungssumme um ca. 50% der dafür zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von rund 55.000 Euro laut Anlage 1 Punkt 11.

Abstimmung: **10 / 0 / 5** **Zustimmung**

- Außerdem aus einer Kompensation durch die zu erwartende Restsumme der für die Tarifierhöhungen bereitgestellten 200.000 Euro für das laufende Haushaltsjahr 2010 siehe Beschlussvorschlag Punkt 3.

Abstimmung: **10 / 0 / 5** **Zustimmung**

- Der Jugendhilfeausschuss beantragt beim Stadtrat die zur Verfügungstellung der fehlenden Haushaltsmittel in Höhe von ca. 367.000 Euro in Abhängigkeit der o. g. Punkte.

Abstimmung: **8 / 6 / 1** **Zustimmung**

7. Für den Fall, dass Kürzungen in der Förderung realisiert werden müssen, erfolgen diese im Jahr 2010 nach dem Modell der „statistischen Ermittlung sozialräumlicher Belastungsindizes“ und der reziproken Förderung höher belasteter Stadtteile. Dieses Verfahren geschieht getrennt nach Ortsamtsbereichen und Leistungsarten und basiert auf Erhebungen der Kommunalen Statistikstelle und einzelner Erhebungen der Verwaltung (Anlage Powerpoint).

Abstimmung: **8 / 2 / 5** **Zustimmung**

8. Die Umsetzung der Kürzungen und die damit verbundenen Leistungseinschränkungen bei den Angeboten der Freien Träger der Jugendhilfe werden inhaltlich und qualitativ zwischen Träger und Jugendamt vereinbart.

Abstimmung: **14 / 0 / 1** **Zustimmung**

4 Musterverträge nach § 77 SGB VIII (Umsetzung des Beschlusses Nr. V1804-JH47-07) V0219/09 beschließend

- inhaltsleer -

Vertagung aufgrund der noch nicht abschließenden Beratung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

5 Bildung eines Ausschusses für Kindertagesstätten und Schulen A0097/09 beratend

- inhaltsleer -

Vertagung aufgrund noch nicht abschließender Beratung in den Unterausschüssen Kindertagesbetreuung und Jugendhilfeplanung.

6 Regelmäßige Anpassung des jugendhilflichen Förderetats an unabweisbare Kostensteigerungen A0083/09 beratend

- inhaltsleer -

Der Antrag wird vertagt, da noch keine abschließende Beratung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung stattgefunden hat.

7 Beendigung des Verfahrens zur Übergabe von Kindertageseinrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe für die Kindertageseinrichtung des Eigenbetriebes Struppener Straße 10 A0112/10 beschließend

Frau **Bibas** bringt den Antrag ein und begründet diesen. Es handle sich um eine formelle Beendigung, die Einrichtung wurde nach dem Rankingverfahren ausgeschrieben und die Eltern waren nicht zur Votumsabgabe bereit.

*Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** weist auf die Änderungen aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung hin. Das Datum werde auf den 30.04.2010 geändert und im letzten Satz des Beschlussvorschlages werde das Wort „gegebenenfalls“ vor „...die Verfahrensschritte...“ eingefügt.*

Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz bringt den Antrag auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Kindertagesbetreuung zur Abstimmung.

Der Tagesordnungspunkt wird nach abgegebenem Votum geschlossen.

Weiterhin führt Herr Bürgermeister Vorjohann aus, dass Dresden eine privilegierte Situation habe, da keine Schulden mehr bestehen. Der 70 Mio. EUR-Schuldendienst sei nicht mehr im Haushalt vorhanden und somit könnten zusätzliche Investitionen getätigt werden, besonders in Projekte im Kindertagesstättenbereich (Gesamtvolumen von über 80 Mio. EUR) sowie Schulbaubereich.

Des Weiteren müsse versucht werden, zunächst im Investitionsprogramm zu sparen – insgesamt wurden 1 Mrd. EUR Investitionsprogramm etatisiert. Davon würde ca. 300 Mio. EUR gestreckt. Trotz der vielen Reduzierungen wurde das Kitaprogramm relativ stabil gehalten, aber im Schulbaubereich treten einige Reduzierungen ein.

Herr Bürgermeister Vorjohann stellt fest, dass der Jugendhilfeausschuss wahrscheinlich nicht direkt betroffen sei, indirekt aber der Bereich Kita.

Die angesammelten Rücklagenbestände werden komplett hervorgeholt und in den nächsten Jahren für die Erhaltung eines stabilen Investitionsprogramms eingesetzt.

Hinzukommen noch die Dinge, die womöglich in den Haushaltberatungen zusätzlich anfallen. Abzuwarten sei erst einmal die Maiteuerschätzung.

In Kürze werde eine Vorlage vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften eine Vorlage zum „Konzept zur Sanierung von Kinder- und Jugendhäusern“ eingebracht.

Abschließend betont Herr Bürgermeister Vorjohann, dass es heute um grobe Budgetfestlegungen sowie positive Signale für laufende bzw. etatierte Projekte gehe und die Jahre 2011/2012 erst mit den Beratungen für den Haushalt 2011/2012 ausgehandelt werden.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** fragt nach dem Verfahrensweg der Vorlage. Normalerweise müsse diese in die Beratung der Unterausschüsse.

Wie sei die weitere Terminkette, wenn die Vorlage am 15.04.2010 im Stadtrat diskutiert werden solle, fragt Herr **Stadtrat Schreiber**.

Es werden Sondersitzungen einberufen, da sich die bereits stattgefundenen Ausschüsse auf eine erste Lesung geeinigt haben, teilt Herr **Bürgermeister Vorjohann** mit.

Herr Stadtrat Hoffsommer stellt den Antrag auf Überweisung der Vorlage in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Diesem Antrag wird mit 14/0/0 Stimmen entsprochen.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr Stadtrat Hoffsommer beendet den Tagesordnungspunkt.

9 Umbesetzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung

**A0155/10
beschließend**

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschuss bestätigen im Bereich der freien Träger Frau Melanie Hörenz im Einigungsverfahren als neues Mitglied des Unterausschusses Jugendhilfeplanung. Herr Tobias Heinemann wird Stellvertreter.

Es werden keine Anfragen gestellt. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schließt den Tagesordnungspunkt nach der Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umbesetzung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung wie in der Anlage beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15

Nein 0

Enthaltung 0

9.1 Neuwahl Unterausschuss "Jugendhilfeplanung"

- inhaltsleer -

Keine Neuwahl erforderlich.

9.2 Neuwahl Vorsitz und stellvertretender Vorsitz des Unterausschusses

- inhaltsleer -

Keine Neuwahl erforderlich.

10 Berichte aus den Unterausschüssen

Herr **Stolte** teilt mit, dass am 29.03.2010 die nächste Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung stattfindet.

Frau **Vogel** gibt bekannt, dass der Unterausschuss Kindertagesbetreuung am 07.04.2010, 16 Uhr eine Sondersitzung zur Vorlage V0480/10 abhalte.

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schließt den Tagesordnungspunkt.

11 Informationen

Frau **Bibas** stellt die Arbeitsbereiche, Aufgabenfelder und Ziele des Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen anhand einer Power-Point-Präsentation und den vor Beginn der Sitzung ausgereichten Unterlagen (Telefonverzeichnis und Eigenbetriebssatzung) vor.

Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Herr **Stadtrat Schreiber** regt an, dass eine Liste zur Befangenheit zum Tagesordnungspunkt „Förderung von Angeboten der Träger der freien Jugendhilfe 2010“ an die Niederschrift gehen werde.

Zur Stellensituation im ASD berichtet Herr **Bürgermeister Seidel**, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses in den nächsten Tagen eine schriftliche Information zugehe.

Vorab erläutert er mündlich, dass im Ergebnis der Organisationsuntersuchung in den Jahren 2008 und 2009 der Personalbestand des ASD bereits um 3 Stellen erweitert wurde. Im Jahr 2010 werden aus Zeitanteilen der Ämter des Geschäftsbereichs Soziales insgesamt 5 Stellen geschaffen. Des Weiteren wurden im Rahmen der Stellenplanung für den Doppelhaushalt 2011/2010 zur Realisierung 5 Stellen in den kommunalen Erziehungsberatungsstellen durch den Geschäftsbereich Soziales angemeldet. Außerdem sollen im Rahmen der Stellenplanung für das Jahr 2013 6 Stellen Stadtteilsozialdienst gemeldet werden, informiert Herr Bürgermeister Seidel.

Eingehend auf die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Seidel möchte Herr **Engel** noch aktuelle Informationen zur Umstrukturierung der AG Streetwork. Für die Zukunft solle Herr Bürgermeister Seidel in jeder Sitzung kurz zu diesem Thema informieren.

Am 26.03.2010 treffe sich die AG Streetwork dazu, antwortet Herr **Bürgermeister Seidel**.

Herr **Stadtrat Hoffsommer** bitte um Prüfung, inwiefern allen Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses die Informationen zu den Beratungen in den jeweiligen Unterausschüsse zugehen. Er appelliert an die Transparenz und halte es für gut, wenn alle Mitglieder alle Unterlagen bekommen.

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** schließt den Tagesordnungspunkt.

Die Herstellung der Nichtöffentlichkeit ist nicht erforderlich. Frau **Oberbürgermeisterin Orosz** beendet die Sitzung des Gremiums um 21:20 Uhr.

Helma Orosz
Vorsitzende

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Jens Hoffsommer
Stadtrat

Patrick Schreiber
Stadtrat